

**A N F R A G E** Susanna Rusca Speck (SP, Zürich), Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen) und Karin Maeder-Zuberbühler (SP, Rüti)

betreffend Anerkennung von Arbeitsleistungen als Berufsbildungsanspruch

---

Jugendarbeitslosigkeit und die Frage zum Übergang Schule/Beruf haben in den letzten Jahren einen festen Platz in der öffentlichen Diskussion eingenommen. In der ganzen Problematik des Lehrstellenmarktes haben sich auf der Angebots- Nachfrageseite Verschiebungen ergeben. Auf der einen Seite gibt es genügend anspruchsvollere Grundbildung, andererseits zählen vornehmlich praktisch begabte Jugendliche zu den Verlierern.

Einerseits können nur jene beeinträchtigten Menschen, welche eine Verfügung für Berufliche Massnahmen von der IV haben, heute die national geregelte Praktische Ausbildung INSOS absolvieren. Doch was ist mit jenen Personen, welche den Anforderungen einer zweijährigen beruflichen Grundbildung mit eidg. Berufsattest (EBA) nicht genügen und keine IV haben? Für dieses Segment von Jugendlichen brauchen wir einen gleichwertigen Ausbildungsweg, welcher den Schwerpunkt auf praktische Bildung legt und bei dem ihre Arbeitsleistungen als Berufsbildungsanspruch ausreichend und als wirtschaftliche Verwertbarkeit anerkannt werden.

Andererseits muss gemäss den Artikeln 54 und 55 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG) der Bund 10 Prozent seiner Kostenbeteiligung für Massnahmen zur Integration Jugendlicher mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Schwierigkeiten in der Berufsbildung, für Massnahmen zur Förderung des Verbleibes im Beruf und des Wiedereinstieges sowie für Massnahmen, die der Sicherung und Erweiterung des Ausbildungsangebotes dienen, einsetzen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Jugendliche haben nach Abschluss eines anerkannten schulischen Brückenangebotes im Kanton Zürich im Sommer 2011 keinen Anschluss an eine Berufslehre gefunden?
2. Wie viele Jugendliche absolvieren zurzeit im Kanton Zürich an einem geschützten Arbeitsplatz eine interne berufliche Anlehre oder IV-Anlehre?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich in einem Pilotprojekt zu engagieren, um Ausbildungsbetriebe zu gewinnen, welche die praktischen, grundlegenden Arbeitskompetenzen der jugendlichen Personen in den Vordergrund stellen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich beim BBT für einen besseren Zugang von schulisch schwächeren Jugendlichen zum Arbeitsmarkt einzusetzen und die Schaffung von niederschweligen, praktisch ausgerichteten Ausbildungen anzuregen?
5. Ist es denkbar, dass Gelder aus dem Berufsbildungsfonds für das Fördermodell im Kanton Zürich eingesetzt werden können?

Susanna Rusca Speck  
Markus Späth-Walter  
Karin Maeder-Zuberbühler